

Engpässe in der wirbelsäulenchirurgischen Versorgung unter COVID in Deutschland

Durch die Corona Pandemie hat sich die wirbelsäulenchirurgische Versorgung der Patienten in Deutschland merkbar verschlechtert. So hat eine Umfrage im Vorstand der Deutschen Wirbelsäulengesellschaft einen Rückgang der wirbelsäulenchirurgischen Eingriffe um knapp 10% im Jahr 2020 gegenüber 2019 ergeben. Im Frühjahr 2020 wurde flächendeckend die elektive und dringliche operative Versorgung von Patienten mit Wirbelsäulenerkrankungen aufgrund der Corona Pandemie für mehrere Wochen eingestellt. Auch nach Lockerung gelang es kaum einem Krankenhaus, die 100%ige Kapazität wiederherzustellen. Grund hierfür sind die Bereitstellungen der Pflegekräfte in den Kliniken für die aufwändige Versorgung der COVID-kranken Patienten, das Vorhalten freier Intensivbetten und somit die Verknappung freier Betten. OP-Säle wurden geschlossen, der Sprechstundebetrieb in den Krankenhäusern heruntergefahren.

Leidtragende dieser Situation sind u.a. all die Patienten, bei denen aufgrund drohender neurologischer Ausfälle, schwergradiger Schmerzsyndrome oder einer stark eingeschränkten Mobilität und Funktionalität eine Indikation zu einem Wirbelsäuleneingriff gestellt wurde, diese Operation kapazitätsbedingt jedoch nicht stattfinden konnte oder hinausgezögert werden musste. Die in einigen Pressemitteilungen zu lesende Behauptung der Rückgang der Wirbelsäulenoperationen habe gezeigt, dass viele Eingriffe überflüssig seien, ist unzulässig und reine Polemik. Den elektiven Charakter eines operativen Eingriffes mit dessen Sinnlosigkeit gleichzustellen ist absurd.

Vielmehr habe die Zurückhaltung insbesondere älterer Patienten, medizinische Hilfe zu suchen und die Verknappung der operativen Ressourcen zu einer Gefährdung dieser Patientengruppe geführt. Das Hinauszögern medizinisch nachgefragter und indizierter Eingriffe führt nicht nur zu einer Verlängerung der Leidenszeit der Patienten, sondern auch zu einer Verschlechterung der Operationsergebnisse. Nach Lockerung der COVID-bedingten Restriktionen im Sommer und Herbst reichten die Kapazitäten nicht aus, um alle ausgefallenen Operationen nachzuholen und wartende Patienten zu versorgen. Nur wenigen Kliniken gelang es, die Operationszahlen unter COVID sogar zu steigern.

Von Bedeutung ist in diesem Zusammenhang eine Untersuchung aus England zur stationären Behandlungshäufigkeit des Herzinfarktes unter der COVID Pandemie. Es zeigte sich im Frühjahr 2020 eine substanzielle Verringerung der infarktbedingten Aufnahmen in britischen Krankenhäusern. Die Folge waren eine erhöhte Sterberate und eine Vielzahl an Patienten mit Langzeitschäden am Herzen. Es käme wohl niemand auf die Idee, von der verringerten Behandlungszahl akuter Herzinfarktpatienten auf eine unnötige Behandlungshäufigkeit dieser Patientengruppe zu schließen.

Der Vorstand der DWG weist den Vorwurf, in Deutschland würden gehäuft unnötige Wirbelsäuleneingriffe durchgeführt mit aller Entschiedenheit zurück. Ein Rückschluss vom COVID bedingten Rückgang wirbelsäulenchirurgischer Eingriffe auf die Indikationsqualität ist unzulässig und entbehrt jeglicher wissenschaftlichen Grundlage.